

An
Decolonize Berlin e. V. und RAA Berlin
Herr Tahir Della

Per E-Mail: info@decolonize-berlin.de

Berlin, 17. August 2026

Ihre Wahlprüfsteine zur Abgeordnetenhauswahl 2026

Sehr geehrter Herr Della,

haben Sie vielen Dank für Ihre Anfrage und das Interesse an unserem Wahlprogramm. Wir freuen uns sehr, wenn sich Berliner*innen informiert und aktiv in den politischen Prozess einbringen und lassen Ihnen anbei die Antworten der SPD Berlin zukommen. Unser gesamtes Wahlprogramm in voller Länge finden Sie unter <https://spd.berlin/wahlprogramm/>.

1

Frage 1: Welche Schritte werden Sie unternehmen, um die UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft (2025-2034) im Berliner Koalitionsvertrag verbindlich zu verankern? Unterstützen Sie die Einrichtung einer Beauftragtenstelle für anti-Schwarzen Rassismus, und welchen Auftrag soll sie erhalten?

Die SPD Berlin unterstützt die UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft (2025-2034) ausdrücklich und will ihre Ziele in der nächsten Wahlperiode verbindlich verankern – mit Monitoring, der Beteiligung der betroffenen Communities und finanzieller Unterlegung. Bestehende Förderprojekte zu Monitoring, Beratung zu anti-Schwarzem Rassismus und rassismuskritischem Empowerment bauen wir aus; das für EOTO e. V. erworbene CUZ Community-Zentrum entwickeln wir weiter. Statt vieler Einzelstrategien streben wir ein umfassendes Landeskonzept Antidiskriminierung mit einer zentralen Beauftragten mit starken Kompetenzen an – ausdrücklich auch für anti-Schwarzen Rassismus.

Frage 2: Werden Sie sich für die langfristige Finanzierung und den bedarfsgerechten Ausbau von Clearingstellen einsetzen, um den Zugang zur Gesundheitsversorgung für Menschen ohne ausreichenden Krankenversicherungsschutz sicherzustellen?

Ja. Wir setzen uns für eine verlässliche Finanzierung und den bedarfsgerechten Ausbau von Clearing- und Beratungsstellen ein. Menschen ohne ausreichenden Krankenversicherungsschutz müssen unabhängig von Aufenthaltsstatus und finanzieller Situation niedrigschwellig Zugang zu medizinischer Versorgung erhalten. Die bestehenden medizinischen Not- und Beratungsstellen sichern wir, verbessern ihre Zusammenarbeit mit Krankenhäusern und niedergelassenen Ärzt*innen und unterstützen Menschen auf dem Weg in eine reguläre Absicherung.

Frage 3: Welche verbindlichen Maßnahmen wird Ihre Partei zur Bekämpfung strukturellen Rassismus und zur Dekolonisierung von Staat und Institutionen umsetzen, insbesondere zu Racial Profiling, Anti-Rassismus-Trainings und nachhaltiger Finanzierung?

Strukturellen Rassismus bekämpfen wir ressortübergreifend: mit der konsequenten Anwendung und Weiterentwicklung des Landesantidiskriminierungsgesetzes, einer starken unabhängigen Ombudsstelle und der systematischen Erfassung von Diskriminierungserfahrungen. Racial Profiling lehnen wir ab. Für Polizei, Verwaltung und Bildung wollen wir regelmäßige, praxisorientierte Trainings zu Rassismus und Diskriminierung verankern. Beratungsstellen und Selbstorganisationen wollen wir dauerhaft statt nur projektbezogen finanzieren.

Frage 4: Wie wollen Sie das Berliner Erinnerungskonzept „Kolonialismus erinnern“ umsetzen und zentrale wie dezentrale Erinnerungsorte dauerhaft sichern? Unterstützen Sie eine landesfinanzierte Bürgerstiftung als Trägerin des Konzepts?

Das gesamtstädtische Erinnerungskonzept „Kolonialismus erinnern“ verankern wir dauerhaft und setzen seine Empfehlungen schrittweise um – mit einem zentralen Gedenk- und Lernort, der Sicherung dezentraler Erinnerungsorte und der Umbenennung von Straßen, die an Kolonialverbrecher erinnern. Die Zusammenarbeit mit BIPoC-Communities, Nachfahr*innen kolonialisierter Gesellschaften und der Zivilgesellschaft ist dabei verbindlich. Eine landesfinanzierte Bürgerstiftung kann eine geeignete Trägerstruktur sein; ihre Einrichtung unterstützen wir, wenn Unabhängigkeit, transparente Mittelvergabe und die Beteiligung der Communities gewährleistet sind.

Frage 5: In Berlin befinden sich rund 10.000 menschliche Gebeine aus kolonialen Kontexten. Welche Schritte werden Sie - auch in der KSL - unternehmen, um Provenienzforschung und die Rückgabe der Ancestors nachhaltig zu finanzieren und zu unterstützen?

Die Provenienzforschung zu menschlichen Überresten aus kolonialen Kontexten sichern wir dauerhaft finanziell ab – transparent, interdisziplinär und gemeinsam mit den Herkunftsgesellschaften und Nachfahr*innen. Rückgaben der Ancestors unterstützen wir aktiv und begleiten die notwendigen diplomatischen und rechtlichen Verfahren ebenso wie würdevolle Rückführungen und Zeremonien. Im Rahmen der Kulturstiftung der Länder setzt sich Berlin für eine verlässliche Mitfinanzierung, gemeinsame Standards und eine abgestimmte Rückgabepolitik ein.

Frage 6: Wie wollen Sie sicherstellen, dass von Kolonialismus und Rassismus betroffene Communitys sowie zivilgesellschaftliche Initiativen dauerhaft an erinnerungspolitischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden?

Betroffene Communities und zivilgesellschaftliche Initiativen müssen von Anfang an und dauerhaft an erinnerungspolitischen Entscheidungen beteiligt sein. Dafür schaffen wir verbindliche Beteiligungsstrukturen mit klaren Mitwirkungsrechten und angemessener Finanzierung – von beratenden Gremien mit tatsächlichem Einfluss über die Mitwirkung in Auswahlkommissionen bis zur institutionellen Förderung von Community-Organisationen. Entscheidungen werden nachvollziehbar dokumentiert und an die Beteiligten rückgekoppelt.

Frage 7: Werden Sie sich für eine unabhängige und weisungsungebundene Informations- und Beschwerdestelle für Kitas und Schulen nach den Empfehlungen von BeNeDiSK einsetzen, um wirksame Anlaufstellen bei Diskriminierung zu schaffen?

Ja. Wir setzen uns für eine unabhängige, weisungsungebundene Informations- und Beschwerdestelle für Kitas und Schulen ein – angesiedelt beim Parlament und damit unabhängig von den Stellen, gegen die sich Beschwerden richten können. Sie soll niedrigschwellig und vertraulich beraten, Beschwerden unabhängig prüfen, Betroffene begleiten und regelmäßig öffentlich über strukturelle Diskriminierung und notwendige Verbesserungen berichten.

Frage 8: Wie stellen Sie sicher, dass rassismuskritische und diversitätsorientierte Inhalte verbindlicher Bestandteil der Lehrkräfteausbildung sowie der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften werden?

Rassismuskritische, diversitätsorientierte und kolonialsensible Inhalte verankern wir verbindlich in der gesamten Qualifizierung pädagogischer Fachkräfte – mit verpflichtenden diskriminierungskritischen Modulen im Studium, im Vorbereitungsdienst sowie in der Fort- und Weiterbildung. Rahmenlehrpläne, Schulcurricula und Lernmaterialien werden queer-, rassismus- und kolonialsensibel überarbeitet. An der Entwicklung beteiligen wir fachkundige Organisationen und von Rassismus betroffene Communities.

Frage 9: Werden Sie sich für verbindliche Antidiskriminierungsstrategien in allen Berliner Kultureinrichtungen einsetzen? Wie wollen Sie Diversitätsdaten, unabhängige Beschwerdestellen und diskriminierungsfreie Förderbedingungen konkret umsetzen?

Für öffentlich getragene und öffentlich geförderte Kultureinrichtungen führen wir verbindliche Antidiskriminierungs- und Diversitätsstrategien ein – mit regelmäßigen Berichten, datenschutzkonformen Diversitätsdaten sowie unabhängigen, niedrigschwelligen Beschwerdestellen. Förderbedingungen knüpfen wir an nachvollziehbare Mindeststandards für Barrierefreiheit und Diversität; Förderverfahren bleiben transparent und fachlich unabhängig, Jurys und Vergabegremien sollen vielfältiger besetzt werden.

Frage 10: Werden Sie sich für den Ausbau und die langfristige Förderung von Städtepartnerschaften mit dem Globalen Süden auf Landes- und Bezirksebene einsetzen? Wenn ja, wie?

Ja. Städtepartnerschaften mit Städten und Kommunen des Globalen Südens wollen wir auf Landes- und Bezirksebene ausbauen und langfristig fördern – mit verlässlicher Finanzierung, regelmäßigen Begegnungen sowie Fachkräfte- und Bildungsaustauschen, etwa zu Kultur, Klima, Gesundheit und Demokratie. Auch Zivilgesellschaft, migrantische Organisationen, Hochschulen und Jugendliche sollen stärker beteiligt werden. Auf Landesebene werden die Partnerschaften strategisch koordiniert und regelmäßig ausgewertet. Ziel sind gleichberechtigte Partnerschaften auf Augenhöhe.

//

Bei Fragen und weiterem Austauschbedarf stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung und sind für Sie unter Wahlprogramm.berlin@spd.de erreichbar.

Gerne bleiben wir weiterhin Ihr Ansprechpartner für Berliner Landespolitik und darüber hinaus.

